

Deutschlandpolitik der DDR in der Tradition der Zweiten SED-Parteikonferenz? Zur Geschichte der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

Detlef Nakath

Der Terminus "Deutschlandpolitik" galt in den siebziger und achtziger Jahren als ein originär westlicher Terminus. Gleichwohl ist dieser Begriff auch von der SED in einigen Dokumenten in den fünfziger Jahren verwendet worden. Im Westen leitete er sich aus der Präambel des Grundgesetzes ab, wonach für jede Bundesregierung das "Wiedervereinigungsgebot" galt.¹ Deutschlandpolitik war demnach kein Bestandteil der Außenpolitik sondern eine innerdeutsche Angelegenheit.

Ähnlich verfuhr die SED in den fünfziger Jahren, als sie zumindest verbal die Herstellung der deutschen Einheit auf demokratischer Grundlage forderte. Dies wurde auch noch bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre hinein bei der offiziellen Bezeichnung staatlicher DDR-Institutionen deutlich (z. B. "Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel", "Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen", "Deutsche Akademie der Wissenschaften"). Verfassungsrechtlich ging die DDR lange Zeit von der Existenz einer "deutschen Nation" aus und änderte den Artikel 1 der Verfassung erst Anfang Oktober 1974.

Die Instrumentarien der Deutschlandpolitik der SED waren im Laufe der vierzigjährigen Existenz der DDR einem häufigen Wandel ausgesetzt. Die SED-Führung war jedoch zu jeder Zeit daran interessiert, umfangreiche Handelsbeziehungen mit der wirtschaftlich überlegenden Bundesrepublik zu unterhalten, um auf diesem Wege am technologischen Fortschritt des Westens zu partizipieren.

Die SED strebte nach ihrer Gründung im April 1946 zunächst die Fortexistenz eines einheitlichen deutschen Staates an. Sie hielt an der auf der Potsdamer Konferenz von den Siegermächte bezogenen Position, Deutschland solle als einheitliches staatliches und wirtschaftliches Gebilde fortexistieren, fest. In der von Anton Ackermann im Februar 1946 formulierten und vom Parteivorstand der SED sowie der übergroßen Mehrheit der Parteimitglieder mitgetragenen These vom "besonderen deutschen Weg zum Sozialismus"² galt das Weiterbestehen Deutschlands als einheitlicher Staat für unverzichtbar. Dies entsprach auch den damaligen Vorstellungen der sowjetischen Parteiführung und somit der Politik der SMAD.

Der Vorsitzende der SED Wilhelm Pieck erklärte im Bericht des Parteivorstandes auf dem II. SED-Parteitag im September 1947: "Von nicht geringerer Bedeutung, als es die Einheit der Arbeiterbewegung im Kampfe für Frieden, Demokratie und Sozialismus ist, ist auch die Herstellung der Einheit Deutschlands, weil sie das Territorium ist, auf dem sich die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auswirken und zur gestalterischen Kraft werden muß."³

Auch nach der "doppelten Staatsgründung" 1949 änderte sich an dieser Auffassung wenig. Pieck erklärte nach seiner Wahl zum DDR-Präsidenten am 11. Oktober 1949 vor der Volkskammer: "Nicht eher werden wir ruhen, bis die widerrechtlich von Deutschland losgerissenen und dem Besatzungsrecht unterworfenen Teile Deutschlands mit dem Deutschen Kerngebiet, mit der Deutschen Demokratischen Republik in einem einheitlichen demokratischen Deutschland vereinigt sind."⁴

Wenig später machte die SED-Führung in einer Erklärung zum Jahreswechsel 1949/1950 deutlich, daß der "Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands auf staatlicher Grundlage" die Pflicht aller Parteimitglieder sei.⁵ Im Juli 1950 definierte der III. Parteitag der SED den Kampf um die Sicherung des Friedens als "erstrangige Hauptaufgabe" und stellte zugleich fest: "Der Friede in Europa kann aber nur als gesichert betrachtet werden, wenn ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland besteht, die Zerreißung Deutschlands überwunden ist, wenn durch einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen die nationale Unabhängigkeit unseres Volkes wiederhergestellt ist."⁶ Solche Aussagen waren zu Beginn der fünfziger Jahre keinesfalls nur propagandistische Thesen. Sie entsprachen den tatsächlichen Vorstellungen und Absichten der Parteiführung und standen im Einklang mit außen- und deutschlandpolitischen Zielen der Sowjetunion. Die Moskauer Parteispitze hatte sich ohnehin gegenüber der SED vorbehalten, über alle wichtigen Fragen der Deutschlandpolitik selbst zu entscheiden, und überließ der DDR auf diesem Gebiet nicht den geringsten Spielraum. Die Deutschlandpolitik wurde durch Stalins Zielstellung dominiert, ein einheitliches Deutschland in den Grenzen vom Sommer 1945 zu schaffen, das politisch und militärisch neutral blieb. Die Bundesrepublik, so die Absicht der sowjetischen Außenpolitik, sollte weder direkt noch indirekt über die angestrebte Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in das westliche Militarbundnis eingegliedert werden. Dieses Ziel verfolgte die "Stalin-Note" vom 10. März 1952 mit dem sowjetischen Vorschlag an die Westmächte, über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu verhandeln.

Die SED-Führung trat diesem Plan mit Skepsis gegenüber und proklamierte wenige Monate später im Juli 1952 auf der 2. Parteikonferenz das Programm für die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Darin hieß es zur deutschen Frage: "Der Aufbau des Sozialismus in der DDR und in Berlin kann sich auf den Kampf um ein einigtes, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland nur günstig auswirken. Wir halten nach wie vor an unseren Vorschlägen zur Herbeiführung eines Friedensvertrages und der Einheit Deutschlands fest."⁷ Aus der Sicht der SED-Führung hatte nunmehr der Aufbau des Sozialismus gegenüber der Einheit Deutschlands Priorität, auch wenn es die Führungsmacht Sowjetunion im Notenwechsel mit den Westmächten aus machtpolitischen Gründen durchaus anders gesehen hatte. Andreas Malycha geht davon aus, daß sich im März 1952 vor dem Hintergrund der "Stalin-Note" die "propagandistische Hervorhebung der Einheit Deutschlands" als Ziel der SED noch verstärkte. Allerdings seien nach dem Scheitern der sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland die "auenpo-

litischen Zwänge für die bisherigen Rücksichtnahmen der SED-Führung zur Propagierung des Sozialismus Stalinscher Prägung" weggefallen.⁸

Mit der Strategie der Priorität des inneren Aufbaus vor der Vereinigung befand man sich durchaus in Übereinstimmung mit der Politik der Adenauer-Regierung in der Bundesrepublik. Diese strebte die Westintegration als primäres politisches Ziel an und wollte die Wiedervereinigung Deutschlands aus einer Position der Stärke heraus realisieren, sah folglich in den fünfziger Jahren die deutsche Vereinigung keineswegs als ihr primäres Ziel an. Sie wurde in ihrer Deutschlandpolitik von den Westmächten - vor allem von der Eisenhower-Administration der Vereinigten Staaten von Amerika - nach Kräften unterstützt. Vor diesem Hintergrund hatte der von Moskau forcierte Notenwechsel mit dem Westen zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland 1952/53 kaum eine Realisierungschance.

Nachdem die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1953 am Veto der französischen Nationalversammlung gescheitert war, wurde die Bundesrepublik im Mai 1955 mit der Ratifizierung der Pariser Verträge in das im April 1949 gegründete Nordatlantische Verteidigungsbündnis (NATO) aufgenommen. Der Osten reagierte mit der Bildung des Warschauer Paktes, zu dem die DDR als Gründungsmitglied gehörte. Walter Ulbricht forderte wenige Wochen später auf der 24. ZK-Tagung Anfang Juni 1955 in einem 10-Punkte-Katalog den Westen auf, auch vor dem Hintergrund der Einbeziehung beider deutscher Staaten in unterschiedliche Bündnissysteme über elementare politische Fragen wie Abrüstung, Verbot von Atomwaffen, den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland sowie den "Abschluß eines Friedensvertrages mit einem bündnisfreien Deutschland und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten" mit der Sowjetunion und der DDR zu verhandeln. Das Modell des österreichischen Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 - Herstellung der Einheit des Landes, Abzug der Besatzungstruppen sowie "immerwährende Neutralität" - erwies sich jedoch, wie sich auf der Genfer Vier-Mächte-Konferenz im Sommer 1955 herausstellte, für Deutschland nicht gangbar. Zu unterschiedlich waren die Interessen der Siegermächte und nicht zuletzt die beider deutscher Staaten. Die Zuspitzung des Kalten Krieges auch im Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik am Ende der fünfziger Jahre war somit vorprogrammiert. Dazu trug bei, daß nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion während des Adenauer-Besuchs in Moskau im September 1955⁹ die Bundesregierung in Bonn im Dezember 1955 die "Hallstein-Doktrin" verkündete und damit ihren "Alleinvertretungsanspruch" unterstrich.

Erst nach dem Bau der Mauer in Berlin 1961 kam in den sechziger Jahre wieder Bewegung in die verkrusteten Strukturen deutschlandpolitischer Überlegungen diesseits und jenseits von Elbe und Werra.

Willy Brandt - damals Regierender Bürgermeister in Westberlin - erläuterte unter der Überschrift "Koexistenz - Zwang zum Wagnis" im Herbst 1962 in den USA seine politische Berlin-Erfahrung. Sie lautete: Der Westen müsse sich auf eine lange Periode der Koexistenz mit der Sowjetunion einstellen. Den noch von Lenin stammenden

Begriff der "friedlichen Koexistenz" verstand Brandt allerdings anders als die Führung in Moskau, nämlich als Instrument für eine friedliche und dynamische Transformation der anderen Seite mittels zahlreicher gemeinsamer Projekte. Die Politik des "roll back" und des "Containment" war offenkundig gescheitert.

Diese angestrebte Transformation überschrieb Willy Brandts damaliger Pressesprecher Egon Bahr ein Jahr später im Sommer 1963 vor der Evangelischen Akademie in Tutzing mit der Formel "Wandel durch Annäherung", eine politische Strategie die damals sofort scharf kritisiert worden ist. Herbert Wehner sprach von "Ba(h)rem Unsinn", und Otto Winzer sah sie als "Konterrevolution auf Filzlatzchen".

Mehr als drei Jahrzehnte später – die vollzogene deutsche Vereinigung bereits vor Augen – erinnerte sich Bahr noch immer an die Heftigkeit der Reaktionen. Von politischem Tabubruch war die Rede. Bahr schrieb: "Erst die öffentliche Reaktion machte klar, wie weit das eigene Denken schon dem öffentlichen Bewußtsein enteilt war. Wenn ein Tabu im Kopf zerbrochen ist, erscheint es nach einiger Zeit auch nicht mehr als Tabu, sondern nimmt fast den Charakter des Banalen an. Erst wenn das inzwischen als natürlich Eingestufte ausgesprochen wird und ein wütendes oder empörtes Echo auslöst, merkt man, daß für die Allgemeinheit das Tabu noch immer lebt."¹⁰ Doch der Weg zum "fast Banalen" war noch lang. Genauer gesagt, er war zunächst nur erdacht, aber noch standen die ersten Schritte aus. Diese ersten Schritte waren bekanntlich "kleine Schritte". Darunter befand sich mit dem ersten Berliner Passierscheinabkommen schon ein größerer. Mancher Verbündete der Bundesrepublik, darunter auch die USA und Frankreich, war bereits in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in der Ostpolitik mutiger. Aber erst mit dem Eintritt der SPD in die Regierung Ende 1966 und vor allem nach der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler im Oktober 1969 begann man in Bonn nicht nur umzudenken, sondern auch zu handeln.¹¹

Bereits seit dem 23. Mai 1949 heißt es in der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."¹²

Während die DDR-Verfassung vom 6. April 1968 noch den Anspruch artikulierte, "der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen", und die DDR im Artikel 1 als "ein sozialistischer Staat deutscher Nation" definierte, hieß es in der veränderten Fassung der Verfassung vom 7. Oktober 1974: "Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei."¹³ Jeder Bezug auf die Fortexistenz einer gemeinsamen deutschen Nation war nunmehr aus der DDR-Verfassung getilgt worden, während man den Führungsanspruch der SED hinzugefügt hatte.

Zwischenzeitlich arrangierten sich die Regierungen beider deutscher Staaten vertraglich. Dies entsprach dem herrschenden Zeitgeist, der von Entspannungspolitik und dem Streben nach Zustandekommen einer Europäischen Sicherheitskonferenz geprägt war.

Nach dem Transitabkommen und dem Verkehrsvertrag schlossen DDR und Bundesrepublik am 21. Dezember 1972 den "Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen" ab. In dessen Präambel legten beide Seiten dar, daß sie diese Vereinbarung "unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage" schließen würden.¹⁴ Am Tage der Unterzeichnung übergab ein Mitglied der westdeutschen Verhandlungsdelegation in der Poststelle des DDR-Ministerrates den "Brief zur deutschen Einheit", der für die Bundesregierung die verfassungsmäßige Absicherung ihrer Berechtigung zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der DDR darstellte. Der inzwischen zum Bundesminister für besondere Aufgaben in Willy Brandts Kanzleramt avancierte Egon Bahr argumentierte darin im Namen seiner Regierung, "daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt".¹⁵

Die DDR-Führung betrachtete den "Brief zur deutschen Einheit" als einseitige Angelegenheit und notwendiges Legitimationsbedürfnis der Bundesregierung und setzte ihre Abgrenzungspolitik unbeeindruckt fort. Auf dem SED-Parteitag im Mai 1976 verabschiedete die Partei ein neues Programm, in dem sie von der Entwicklung der "sozialistischen deutschen Nation" ausging. Diese sei "ein untrennbarer Bestandteil der Gemeinschaft sozialistischer Nationen"¹⁶. Unter der Überschrift "Kampf um friedliche Koexistenz" widmete das SED-Parteiprogramm auch dem Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik lediglich einen kurzen Abschnitt.¹⁷

Inzwischen hatte sich der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes mit den deutsch-deutschen Beziehungen beschäftigt. In einem Urteil vom 31. Juli 1973 wies er eine Klage des Freistaates Bayern gegen den Grundlagenvertrag zurück und stellte dessen Konformität mit dem Grundgesetz fest.

Diese gegensätzliche rechtliche bzw. programmatische Sicht auf das Verhältnis beider deutscher Staaten blieb bis zum Honecker-Besuch in der Bundesrepublik 1987 und darüber hinaus bis zu seinem erzwungenen Rücktritt im Herbst 1989 die konstitutive Grundlage der Deutschlandpolitik beiderseits von Elbe und Werra.

Im Spannungsfeld jener konträren Positionen, vor dem Hintergrund der sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wandelnden Großmachtinteressen an der Spitze von NATO und Warschauer Pakt hatten sich die Akteure auf dem schwierigen Feld der deutsch-deutschen Beziehungen seit den siebziger Jahren zu bewegen. Sie taten dies auf beiden Seiten mit einem sehr unterschiedlichen Grad von Souveränität.

Die Abhängigkeit der DDR von ihrer politischen und militärischen Führungsmacht Sowjetunion war in der gesamten Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit, besonders aber seit 1955, größer als die der Bundesrepublik von ihren Verbündeten in der NATO. Zweifellos hat auch die sich entwickelnde ökonomische Stärke hin zur stärksten Wirtschaftsmacht der Europäischen Union den politischen Bewegungsspielraum der Bundesrepublik wesentlich erhöht. Diese Faktoren hatten erheblichen Einfluß auf die

Gestaltungsmöglichkeiten der DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik. Die sowjetischen Interessen mußten immer beachtet werden. Jede wichtige Frage wurde mit der Moskauer Führung konsultiert und defacto von der Sowjetunion entschieden.

So entwickelten sich die deutsch-deutschen Beziehungen praktisch in einem politischen Dreiecksverhältnis mit den Koordinaten Bonn-Berlin-Moskau.¹⁸

Noch bevor Erich Honecker im Mai 1971 die Nachfolge Walter Ulbrichts an der Spitze der SED angetreten hat, begann der von sowjetischer Seite beargwöhnte deutsch-deutsche Dialog.¹⁹ Bundeskanzler Willy Brandt hatte in seiner Regierungserklärung im Oktober 1969 Gesprächsbereitschaft mit der DDR signalisiert und gleichzeitig seinem Staatssekretär Egon Bahr den Auftrag erteilt, in Moskau über einen deutsch-sowjetischen Vertrag zu verhandeln.²⁰

Ulbricht hatte nach Konsultation in Moskau dem Bundespräsidenten Gustav Heinemann am 17. Dezember 1969 brieflich den Entwurf eines "Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD" übermittelt. Heinemann antwortete Ulbricht bereits zwei Tage später und schrieb: "Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß wir eine hohe Verantwortung für die Entspannung in Europa tragen [...]. Unser gemeinsames Anliegen ist es, die Einheit der deutschen Nation zu wahren. Ich begrüße deshalb die von Ihnen geäußerte Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen."²¹

In mehreren technischen Vorgesprächen schufen daraufhin Vertreter beider deutscher Staaten die Voraussetzungen für die ersten beiden deutsch-deutschen Gipfelbegegnungen der Regierungschefs Willy Brandt und Willi Stoph am 19. März 1970 in Erfurt und 21. Mai 1970 in Kassel.²² Diese Gespräche brachten zwar keine greifbaren Ergebnisse, signalisierten jedoch die Möglichkeit eines deutsch-deutschen Dialogs für den Fall des Zustandekommens von Verträgen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen.

Das Bemühen der SED-Politik galt jetzt vor allem der diplomatischen Anerkennung der DDR und dem Durchbrechen der im Dezember 1955 formulierten "Hallstein-Doktrin". Dieses politische Konstrukt war praktischer Ausdruck des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik. Bonn vertrat seit Ende 1955 offiziell die Ansicht, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch dritte Staaten als "unfreundlicher Akt" anzusehen war, der diplomatische bzw. politische und wirtschaftliche Sanktionen nach sich zog. So brach die BRD 1957 zu Jugoslawien und 1963 zu Kuba die diplomatischen Beziehungen ab, weil diese Länder die DDR anerkannt hatten und mit ihr Botschafter austauschten. Vor dem Hintergrund des Anfang der siebziger Jahre beginnenden Ost-West-Dialogs verlor die "Hallstein-Doktrin" immer mehr an Bedeutung und wurde nach Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages endgültig aufgegeben.

Gespräche zwischen beiden deutschen Staaten auf Staatssekretärebene wurden am 27. November 1970 von Egon Bahr und Michael Kohl aufgenommen. Sie dienten dem Ziel, einen deutschen Beitrag zur Entspannungspolitik in Europa zu leisten.²³ Als Ergebnisse standen das am 17. Dezember 1971 unterzeichnete Transitabkommen,

der am 26. Mai 1972 abgeschlossene Verkehrsvertrag sowie der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten vom 21. Dezember 1972.

Am Ende der Verhandlungen zum deutsch-deutschen Verkehrsvertrag im April 1972 stand die Regierung von Willy Brandt unter Druck. Sie schien vor dem Hintergrund der Debatte um die Ratifizierung der Ostverträge ihre Mehrheit im Bundestag zu verlieren. Die CDU/CSU-Opposition versuchte, auf dem Wege eines konstruktiven Mißtrauensvotums, den Bundeskanzler und damit die sozialliberale Koalition zu stürzen. In der SED-Führung und auch in Moskau war man jedoch an der Fortexistenz der SPD/FDP-Regierung interessiert und versuchte, sie mit unterstützenden Maßnahmen zu stabilisieren.

Das SED-Politbüro nahm auf seiner Sitzung am 25. April 1972 einen als "Persönlich – streng vertraulich" eingestuften Bericht entgegen, den Willi Stoph, Hermann Axen, Peter Florin und Michael Kohl gemeinsam eingereicht hatten. Die Diskussion im Politbüro führte dazu, daß einige Formulierungen aus der Rede Gerhard Grünebergs, die für den Bericht des Politbüros an die zwei Tage später beginnende 5. ZK-Tagung vorgesehen waren, gestrichen bzw. entschärft wurden.²⁴ Das Führungszentrum der DDR unterließ alles, was der Regierung Brandt angesichts des beabsichtigten konstruktiven Mißtrauensvotums zusätzliche Schwierigkeiten bereitet hätte. Das ironische Wort von der "Brandt-Schutzwoche" machte in der DDR die Runde. Im veröffentlichten Bericht des Politbüros ging Grüneberg in moderaten Worten davon aus, "daß die internationale Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, einschließlich der Herstellung normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, ein wichtiger Beitrag für den Frieden, die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sein würde."²⁵ Er verzichtete auf die ursprünglich vorgesehene Formulierung, daß das Transitabkommen "das erste völkerrechtlich verbindliche Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD" sei, in dem die Regierung der Bundesrepublik "sowohl die Grenzen als auch die souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt" hätte. Mit Rücksicht auf das konstruktive Mißtrauensvotum strich das Politbüro eine weitere ursprünglich vorgesehene Formulierung aus dem Grüneberg-Bericht: "Der Imperialismus hat sein aggressives Wesen nicht geändert. Wir haben allen Grund, keine Minute lang in unserer politischen und militärischen Wachsamkeit und in der offensiven ideologischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus nachzulassen."²⁶ Im veröffentlichten Teil seiner Rede gab Grüneberg lediglich die von Honecker in einer Rede in Sofia zum Ausdruck gebrachte DDR-Position über die Möglichkeit weiterer Verhandlungen mit der Bundesrepublik über grundsätzliche bilaterale Fragen nach erfolgter Ratifizierung der Ostverträge durch Bonn wieder, die Honecker in einem am 26. April 1972 veröffentlichten Interview erneut bekräftigt hatte.²⁷

Zum Verkehrsvertrag informierte Grüneberg die ZK-Mitglieder: "Gestern wurden in der Hauptstadt der DDR, Berlin, die Verhandlungen über einen Verkehrsvertrag der DDR mit der Bundesrepublik erfolgreich abgeschlossen, so daß dieser jetzt zur Paraphierung vorliegt. Das Inkrafttreten des Vertrages sowie die damit verbundenen

Verkehrserleichterungen für Personen und Güter sind jedoch nur nach Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau möglich.²⁸ Und Hermann Axen ergänzte in seiner Diskussionsrede: "Auch mit den nun erfolgreich geführten Verhandlungen über einen Verkehrsvertrag mit der BRD bekundet die DDR ihre Bereitschaft, Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und der BRD zu verwirklichen. Hauptanliegen des Vertrages ist es, nunmehr auch den Wechselverkehr und den gegenseitigen Transitverkehr auf Straße, Schiene und Wasserwegen völkerrechtlich verbindlich zu vereinbaren. Damit sollen auf einem weiteren Gebiet – diesmal in Gestalt des ersten Staatsvertrages – solche normalen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik hergestellt werden, wie sie zwischen souveränen und voneinander unabhängigen Staaten international üblich sind." Und er fügte in Bezug auf die Ratifizierungsdebatte hinzu: "Von dieser Abstimmung hängt ab, welchen politischen Weg die Bundesrepublik einschlagen will, ob sie weiterschreitet auf dem Weg zu Frieden und Sicherheit in Europa, zu friedlicher Koexistenz, oder zurückkehrt in die schlechtesten Zeiten des kalten Krieges. Wir gehen jedoch davon aus, daß die Verträge ratifiziert werden. Das wird zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD führen."²⁹ Im unveröffentlichten Teil seiner Rede hatte Axen wesentlich drastischer formuliert. Dort heißt es: "Gescheitert ist faktisch die gesamte Nachkriegsstrategie der NATO, deren erklärtes Ziel das Zurückrollen des Sozialismus in Europa war. Gescheitert ist damit insbesondere, wie Genosse A.A. Gromyko in der Ratifizierungsdebatte der außenpolitischen Ausschüsse des Obersten Sowjets der UdSSR hervorgehoben hat, die von den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik 20 Jahre lang betriebene Politik, die seit dem Entstehen dieses Staates auf die Unterminierung der Grundpfeiler der europäischen Sicherheit, auf die Revidierung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges gerichtet war."³⁰

Die Hoffnung der SED-Führung auf weiteren Bestand der Brandt-Scheel-Regierung in Bonn bestätigte sich. Am gleichen Tage, als in Berlin das SED-Zentralkomitee seine 5. Tagung begann, entschied der Bundestag erstmalig über ein konstruktives Mißtrauensvotum, das die CDU/CSU-Fraktion gegen Bundeskanzler Willy Brandt beantragt hatte. Ihr Antrag scheiterte, wenn auch denkbar knapp. Rainer Barzel, der als Kandidat für das Kanzleramt angetreten war, erhielt 247 Stimmen. 249 Stimmen wären jedoch erforderlich gewesen, um die notwendige absolute Mehrheit zu erreichen. Damit blieb Willy Brandt Regierungschef in Bonn. Die Fertigstellung des Verkehrsvertrages trug während der Zuspitzung in Bonn geradezu hektische und dramatische Züge, zumal beide Seiten ein äußerst starkes Interesse am Abschluß der Verhandlungen noch vor der Bonner Abstimmung hatten. Egon Bahr war am 26. April 1972, gegen 21.45 Uhr direkt aus Bonn kommend, wieder zum Gespräch mit Michael Kohl in Berlin erschienen. Er berichtete seinem Verhandlungspartner über das Ergebnis seiner Abstimmungsgespräche. Brandt habe das Verhandlungsergebnis über den Verkehrsvertrag begrüßt, aber wegen Zeitnot Bahr die Vollmacht erteilt, die nötigen Abstimmungen selbst herbeizuführen. Dies erwies sich in der Kürze der Zeit und vor dem Hintergrund der zugespitzten Situation als äußerst schwierig. Einige Minister

waren zunächst nicht erreichbar bzw. unternahmen den Versuch, sich noch im letzten Augenblick querzustellen. Insbesondere Horst Ehmke, Egon Franke sowie der West-Berliner Bundessenator Horst Grabert hätten sich im Sinne von Bahr stark engagiert. "Genscher", so berichtete Bahr, "habe man buchstäblich in letzter Minute kurz vor 20.00 Uhr in einem Wandelgang 'aufgetrieben', wo er dabei gewesen sei, Kühlmann-Stumm noch dafür zu gewinnen, am 27. für die Regierungskoalition zu stimmen."³¹

Michael Kohl notierte über diese Verhandlungen mit Bahr: "Dem Abschluß des Verkehrsvertrages und der Bekanntmachung der nach dem Inkrafttreten des Verkehrsvertrages möglichen Reiseerleichterungen maß Bahr größte Bedeutung zu. Dies könne vielleicht das Zünglein an der Waage sein, um einige CDU-Abgeordnete noch nachdenklich zu stimmen und einigen FDP/SPD-Abgeordneten das Rückgrat zu stärken. Er hoffe, daß es doch noch möglich sei, das Mißtrauensvotum der CDU/CSU zum Scheitern zu bringen."³² Am späten Abend des 26. April 1972, gaben M. Kohl und E. Bahr kurz vor Mitternacht vor der Presse den erfolgreichen Abschluß ihrer Verhandlungen bekannt.

Am Morgen des 27. April 1972, brachte Bahr vor seinem Abflug nach Bonn gegenüber M. Kohl zum Ausdruck, daß nach seiner Auffassung das Ergebnis der Abstimmung im Bundestag völlig ungewiß sei. Zuvor hatte er bereits die Meinung vertreten, er halte es für möglich, daß Helmut Kohl das Mißtrauensvotum nur deshalb befördere, um "Barzel auf die Nase fallen zu sehen". Beide Verhandlungsführer trafen noch die unverbindliche Absprache, daß für den Fall des Verbleibens der Regierung Brandt im Amt die Paraphierung des Verkehrsvertrages am 2. Mai 1972 in Bonn erfolgen könne. Bahr fügte schließlich hinzu, daß er sich noch von seinem Verhandlungspartner Kohl fernschriftlich verabschieden würde, falls die Brandt-Regierung gestürzt würde.³³

Die Befürchtungen Bahrs trafen bekanntlich nicht ein. Die Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt blieb im Amt, und der Verkehrsvertrag konnte wie vorgesehen paraphiert werden.

Zwei Wochen später ratifizierte der Bundestag am 17. Mai 1972 nach harten innenpolitischen Auseinandersetzungen die Verträge mit der Sowjetunion und Polen. Beide Verträge traten nach Austausch der Ratifikationsurkunden zusammen mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 am 3. Juni 1972 in Kraft.

Nach der Ratifizierung der Ostverträge war der Weg zur Unterzeichnung des Verkehrsvertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik frei. Egon Bahr und Michael Kohl unterschrieben mit Vollmacht ihrer Regierungen am 26. Mai 1972 damit den ersten deutsch-deutschen Staatsvertrag.³⁴ Willy Brandt ordnete später die Bedeutung des Verkehrsvertrages in einen größeren internationalen Rahmen ein. 1989 schrieb er: "Das Berlin-Abkommen war durch Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten auszufüllen. Schon im Dezember 1971 kam es zum Transitabkommen, durch das nun endlich die Gebühren pauschaliert wurden; der Berliner Senat schloß ein Besuchsabkommen ab. Besondere Bedeutung erlangte der Verkehrsvertrag mit der DDR vom Mai 1972, dem Monat, in dem die Verträge von Moskau

und Warschau den Bundestag passierten. Bevor der vorzeitig aufgelöste Bundestag im September auseinander ging, wurde der Verkehrsvertrag – ohne Gegenstimmen bei neun Enthaltungen – gebilligt. In jenem Mai 1972 nahmen Nixon und Breschnew viel weiter reichende Vorhaben ins Visier. Im Juni unterschrieben die Vertreter der Vier Mächte in Berlin ihr Schlußprotokoll und beseitigten damit die letzten Hürden, so daß das Abkommen nunmehr ins Leben trat; die Sowjets hatten diesen letzten Akt so lange hinausgezögert, bis er mit der Ratifizierung der Verträge einherging.¹³⁵

Das SED-Politbüro beschloß als Schlußfolgerung aus der neuen vertragsrechtlichen Situation auf seiner Sitzung am 30. Mai 1972 längst vorbereitete Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Transitabkommens sowie der Vereinbarungen mit dem Senat von West-Berlin.

Nach diesem "heißen Frühling" 1972 in der Ost- und Deutschlandpolitik war nunmehr der Weg zur Aufnahme von Gesprächen zwischen den Vertretern beider deutscher Regierungen über einen grundlegenden Vertrag zur Gestaltung ihrer bilateralen Beziehungen frei. Zusammenfassend läßt sich zur Situation im April/Mai 1972 feststellen:

1. Das Interesse der DDR- und SED-Führung an der Weiterexistenz der sozialliberalen Koalition im Frühjahr 1972 war eindeutig. Honecker und seiner Mannschaft schien diese Koalition angesichts der parteipolitischen Alternativen in der Bundesrepublik zweifellos die günstigste Variante zur Durchsetzung ihrer außen- und deutschlandpolitischen Ziele. Das außenpolitische Programm der DDR war bekanntlich auf dem 8. SED-Parteitag 1971 in fünf Punkten definiert worden und schloß die Entwicklung von Beziehungen zur Bundesrepublik und zu West-Berlin ausdrücklich ein. Nach Erfurt und Kassel, dem Viermächte- und dem Transitabkommen waren die Verhandlungen über den deutsch-deutschen Verkehrsvertrag abgeschlossen. Im SED-Politbüro war man sich einig, daß nur mit der Regierung Brandt/Scheel die Ostverträge und das deutsch-deutsche Vertragswerk in Kraft gesetzt werden konnte.

2. Auch die sowjetische Führung – nicht zuletzt KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew persönlich – war an der Fortexistenz der SPD/FDP-Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt interessiert. Der Weg zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz hatte aus Moskauer Sicht in der sowjetischen Europa- und Deutschlandpolitik eindeutige Priorität. Dieser Vorschlag lag bereits seit der Bukarester Tagung der Warschauer-Pakt-Staaten im Sommer 1966 auf dem Tisch. Das sowjetische Ziel, zu einer KSZE zu gelangen und damit die sowjetische Stellung als Supermacht zu festigen, war jedoch nur erreichbar, wenn die Verträge von Moskau und Warschau sowie das Berlin-Abkommen in Kraft gesetzt würden und auch das deutsch-deutsche Verhältnis sich normalisierte. Eine KSZE ohne gleichberechtigte Teilnahme der beiden deutschen Staaten wäre ohnehin undenkbar gewesen.

3. Willy Brandt genoß – wie kaum ein anderer Politiker aus der Bundesrepublik – unter der DDR-Bevölkerung hohes Ansehen. Auch von vielen SED-Mitgliedern wurde er wegen seiner Rolle im antifaschistischen Widerstand, aber vor allem wegen seiner Friedens- und Entspannungspolitik geschätzt. Seine Auszeichnung mit dem Frie-

densnobelpreis am 10. Dezember 1972 tat ein übriges. Brandt verkörperte nicht zuletzt auch für viele Intellektuelle in der DDR ein "anderes Westdeutschland" als Adenauer, Erhard, Kiesinger, Strauß und Barzel. Seine Forderung "Wir wollen mehr Demokratie wagen!" hat man auch in der DDR und selbst unter SED-Mitglieder so diskutiert, als gelte die Brandtsche Vision auch für die DDR. Dies bedeutete für die SED-Führung eine gewisse Gefahr. Einerseits sah man in Brandt und seiner Regierung einen zwar schwierigen aber zugleich zuverlässigen Partner in der Deutschland- und Sicherheitspolitik. Andererseits befürchtete man "tiefe ideologische Einbrüche" und attackierte Einflüsse des "Sozialdemokratismus" in Partei und Gesellschaft aufs schärfste.

4. Trotz der widersprüchlichen Lageeinschätzung und der inneren Probleme gab es in der SED-Führung keinen Zweifel: Die sozialliberale Regierung mußte gestützt, Kanzler Brandt im Amt gehalten werden "koste es, was es wolle". Die DDR rang zu dieser Zeit um ihre internationale Anerkennung. Noch war die "Hallstein-Doktrin" nicht außer Kraft. Nur mit Brandt und seiner Politik – so schien es, und letztlich hat sich das bewahrheitet – war die weltweite diplomatische Anerkennung der DDR möglich. Sie erfolgte schließlich nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages Ende 1972 und in den folgenden Jahren. Jetzt war aus DDR-Sicht der "Brandt-Schutz" nicht mehr erforderlich. Zum einen verfügte die Koalition nach den Wahlen am 19. November 1972 über eine komfortable Mehrheit. Zum anderen schienen nun die "inneren Gefahren" sich wieder stärker auf die DDR-Politik auszuwirken. Als Brandt schließlich am 6. Mai 1974 nach der Guillaume-Affäre zurücktrat, war man in Moskau über den DDR-Anteil verärgert. Während Breshnew den Rücktritt von Brandt bedauerte, schien Honecker nicht unzufrieden: Mit dem kühlen "Macher" Helmut Schmidt schien aus DDR-Sicht Deutschlandpolitik einfacher und ungefährlicher zu sein, als mit einem charismatischen Bundeskanzler Willy Brandt.

Die deutsch-deutschen Vereinbarungen - vor allem der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 - wurden möglich, weil im August bzw. Dezember 1970 die Bundesrepublik mit der Sowjetunion bzw. mit Polen grundlegende Staatsverträge abgeschlossen hatte, in denen sie die in Europa nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Grenzen anerkannte. Außerdem schufen die vier Mächte mit dem Vierseitigen Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 wesentliche Voraussetzungen für die danach folgenden ergebnisorientierten deutsch-deutschen Verhandlungen.

SED-Chef Honecker hatte in seiner Rede auf dem VIII. SED-Parteitag sein neues außen- und deutschlandpolitisches Konzept vorgestellt. Dieses Programm war mit Moskau abgestimmt worden und lehnte sich deutlich an das "Friedensprogramm" des XXIV. KPdSU-Parteitages (1971) an. Zu dem Fünf-Punkte-Programm gehörte die UNO-Mitgliedschaft der DDR, die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz und – als Voraussetzung für den Weg nach Helsinki – die Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie der DDR zu Westberlin.³⁶ Wesentliche Teile dieses Programms waren nach Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin am 3. September 1971³⁷ sowie mit der Unterzeichnung des deutsch-deutschen

Grundlagenvertrages realisiert worden. Es begann eine Phase der eingeschränkten Normalität im Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, die inzwischen auch als "zweite Etappe der Deutschlandpolitik" bezeichnet worden ist.³⁸ In dieser Phase dominierte zumeist die unspektakuläre Umsetzung der im Grundlagenvertrag und seinem Zusatzprotokoll formulierten Aufgaben.

1973 wurden beide deutsche Staaten in die UNO aufgenommen und tauschten nach zähen Verhandlungen am 2. Mai 1974 Ständige Vertreter mit Sitz bei den jeweiligen Regierungen in Bonn und Berlin aus.

Wenige Tage später trat Willy Brandt, der in Würdigung seiner Verdienste für die Entspannungspolitik in Europa am 10. Dezember 1971 in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war, wegen der Guillaume-Affäre vom Amt des Regierungschefs zurück. Helmut Schmidt folgte ihm für mehr als acht Jahre im Amt des Bundeskanzlers.

Nach Inkrafttreten des europäischen Vertragswerkes sowie dem Zustandekommen der Schlußakte von Helsinki Anfang August 1975 ging die SED-Führung in ihrer Politik zur Gestaltung des Verhältnisses zur Bundesrepublik grundsätzlich von "normalen völkerrechtlichen Beziehungen" aus. Im neuen Parteiprogramm der SED, das ihr IX. Parteitag 1976 beschloß, fehlten direkte Aussagen zur Deutschlandpolitik. Lediglich unter der Überschrift "Kampf um friedliche Koexistenz" hieß es: "Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands tritt dafür ein, daß die Beziehungen zwischen der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland als Beziehungen zwischen souveränen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Normen des Völkerrechts entwickelt werden. Angesichts des grundlegenden Gegensatzes der Gesellschaftsordnungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland kann nur eine Politik der gegenseitigen Achtung der Souveränität eine weitere Normalisierung der Beziehungen und eine friedliche Koexistenz beider Staaten eine sachliche, gleichberechtigte und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit im Interesse des Friedens fördern."³⁹ Darüber hinaus trat die SED für die strikte Einhaltung des Vierseitigen Abkommens sowie aller anderen von der DDR abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge und Vereinbarungen ein und maß dem mit der Helsinki-Schlußakte geschaffenen kollektiven Sicherheitssystem in Europa grundlegende Bedeutung bei.

Für die Beziehungen zur Bundesrepublik bedeuteten diese Aussagen den programmatischen Nachvollzug einer seit Anfang der siebziger Jahre forcierten Politik der Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik, dem Abschied von der deutschen Nation als letztem verbindendem Element beider deutscher Staaten sowie den Auftrag für die staatlichen Organe, sich um gute, möglichst konfliktarme bilaterale Beziehungen zur Bundesrepublik auf der Grundlage völkerrechtlicher Normen zu bemühen.

Neben den zahlreichen Verhandlungsebenen über Sachfragen nahmen nunmehr auch informelle Gesprächskontakte an Bedeutung zu. Mitte der siebziger Jahre entstanden auf der Grundlage des Zusatzprotokolls zu Artikel 7 des Grundlagenvertrages

verschiedene deutsch-deutsche Verhandlungsebenen. So tagte regelmäßig die gemeinsame Grenzkommission und die Transitkommission, während Delegationen beider Seiten über Fragen der Rechtshilfe, der kulturellen Beziehungen, der Kontakte in Wissenschaft und Technik sowie des Umweltschutzes berieten. Im Oktober 1986 unterzeichneten die Oberbürgermeister von Eisenhüttenstadt und Saarlouis die erste Vereinbarung über eine Städtepartnerschaft. Diesem Beispiel folgten bis Ende Oktober 1989 noch 69 weitere derartige Partnerschaften.

Dennoch war die Qualität der deutsch-deutschen Beziehungen nicht allein von den beiden deutschen Partnern abhängig. Die sowjetische Führung entschied letztlich, ob und in welchem Umfang die SED ihre Kontakte zur Bundesrepublik entwickeln durfte.

Als sich Ende der siebziger Jahre das internationale Klima und vor allem das Verhältnis der Supermächte erheblich zuspitzte (Afghanistan-Einmarsch der SU-Truppen Ende 1979, Boykott der Olympischen Spiele in Moskau 1980 seitens des Westens, NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979), überschattete dies auch die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Helmut Schmidt sagte einen für August 1980 geplanten Besuch in der DDR wegen der "Lage in Polen" ab. Honecker reagierte wenig später am 13. Oktober 1980 in einer Rede vor dem SED-Parteikongress in Gera mit weiteren Forderungen zur Deutschlandpolitik. Vier Tage zuvor hatte die DDR außerdem den Mindestumtausch für Besucher aus der Bundesrepublik drastisch erhöht.

Den sogenannten Geraer Forderungen kam aus der Sicht der SED grundsätzliche Bedeutung zu. Honecker forderte von der BRD die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft (später war moderater von "Respektierung" die Rede), die Auflösung der "Zentralen Erfassungsstelle" in Salzgitter, die Umwandlung der 1974 eingerichteten Ständigen Vertretungen in Botschaften sowie die Festlegung des Grenzverlaufs auf der Elbe in der Flußmitte.⁴⁰

Trotz dieser Zuspitzung fand ein Jahr später vom 11. bis 13. Dezember 1981 der Besuch Helmut Schmidts am Werbellinsee statt. Honecker und Schmidt hatten sich bereits 1975 in Helsinki und 1980 in Belgrad persönlich getroffen. Die SED wertete die Schmidt-Visite, deren Ergebnisse mager blieben und die überdies durch die Verhängung des Kriegsrechts in Polen überschattet wurden, als großen Erfolg der DDR-Außen- und Sicherheitspolitik und Aufwertung der Staatlichkeit der DDR.⁴¹

Das deutsch-deutsche Gipfeltreffen war jedoch mehr eine politische Demonstration mit dem gemeinsamen Ziel, zum Abbau von Spannungen in Europa beizutragen, denn eine ergebnisorientierte Begegnung. Konkrete Resultate gab es kaum.

Als knapp ein Jahr nach dem Gipfel am Werbellinsee Helmut Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum als Bundeskanzler gestürzt worden war, setzte sein Nachfolger, der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl, in der Politik gegenüber der DDR auf Kontinuität. Auch die SED-Führung wollte keinen Bruch. Sie betrieb ihre Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren im wesentlichen auf drei Ebenen:

1. In kontinuierlicher Fortsetzung der offiziellen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik wurden die Verhandlungen auf der Ebene von Ministern bzw. deren Beauftragten weitergeführt. Hinzu kam der Kontakt von Politbüro-

mitgliedern zu BRD-Politikern auf Bundes- und Länderebene. Außerdem nahm die Ständige Vertretung in Bonn im Auftrage der SED-Führung ihre Aufgaben wahr. West-Berlin wurde nicht als Bestandteil der Bundesrepublik angesehen. Mit den Regierenden Bürgermeistern Richard von Weizsäcker, Eberhard Diepgen und Walter Momper führte Honecker seit 1987 gesonderte Gespräche.

2. Über Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski und Rechtsanwalt Wolfgang Vogel ließ Honecker - ohne Abstimmung mit dem Politbüro - informelle Gespräche mit Spitzenpolitikern und Wirtschaftsvertretern der Bundesrepublik über finanzielle und humanitäre Fragen führen. Diese Kontakte waren bereits in den siebziger Jahren hergestellt worden.

3. Neben der offiziellen DDR-Außenpolitik stellte die SED-Führung Parteibeziehungen zur oppositionellen SPD her. Im August 1987 einigten sich Vertreter beider Parteien auf das Strategiepapier "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit"⁴². Zuvor hatten Arbeitsgruppen beider Parteien Vereinbarungen über gemeinsame Positionen beim Ringen um eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa sowie bei der Ächtung chemischer Waffen erreicht. Diese direkten Parteibeziehungen zwischen SED und SPD sind von konservativer Seite als "Nebenaußenpolitik" kritisiert worden, obwohl auch Gespräche mit Politikern von CDU und CSU regelmäßig stattfanden.

Zur Deutschlandpolitik der SED hatte Honecker auf dem XI. Parteitag im April 1986 erklärt: "Friedenssicherung war und bleibt auch in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland die entscheidende Frage. Kein bundesdeutscher Politiker kann sich an den Realitäten vorbeimogeln, wie sie im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden sind. Dazu gehört im Herzen Europas die Existenz von zwei souveränen, voneinander unabhängigen deutschen Staaten, der DDR und der BRD, die verschiedene soziale Systeme verkörpern und verschiedenen Bündnissen angehören."⁴³ Lediglich völkerrechtliche Prinzipien wie Unverletzlichkeit der Grenzen, territoriale Integrität und Souveränität beider deutscher Staaten sollten die Grundlage für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen bilden. Von der gemeinsamen deutschen Nation war schon seit Anfang der siebziger Jahre keine Rede mehr.

Als Höhepunkt der Deutschlandpolitik Erich Honeckers gilt sein offizieller Besuch in der Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Der SED-Generalsekretär wurde von allen Bonner Spitzenpolitikern sowie verschiedenen Ministerpräsidenten der Bundesländer empfangen. Während des Besuchs unterzeichneten Vertreter beider Staaten drei Regierungsabkommen. Im Gemeinsamen Kommuniqué stellten Kohl und Honecker fest, "daß das Verhältnis der beiden Staaten zueinander ein stabilisierender Faktor für konstruktive West-Ost-Beziehungen bleiben" müsse. Von ihm sollten "positive Impulse für friedliche Zusammenarbeit und Dialog in Europa und darüber hinaus ausgehen".⁴⁴ Zugleich betonten sie unterschiedliche Auffassungen, darunter zur Frage der Nation.

Nach Honeckers Besuch in der Bundesrepublik verblieb die Deutschlandpolitik der SED in ihren tradierten Bahnen. Innovative Konzepte gingen vom Staatsbesuch nicht aus. Lediglich die Besuchsdiplomatie weitete sich aus. Nach seiner Bonn-Reise konfe-

rierte der SED-Chef bis zu seiner Erkrankung im Juli 1989 mit 24 Politikern aus der Bundesrepublik.⁴⁵ Viel Neues trat jedoch nicht zutage. Während sich die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik unter Gorbatschow öffnete, blieb die SED bei ihrer traditionellen Abgrenzungspolitik. Dennoch strebte sie eine vertiefte Wirtschafts-kooperation mit Unternehmen der Bundesrepublik an.

Angesichts der tiefen gesellschaftlichen und politischen Krise des Landes am Ende der achtziger Jahre erwies sich die SED als unfähig, ihre Deutschlandpolitik neu zu definieren. Das aus Moskau seit dem Amtsantritt Gorbatschows kommende "Neue Denken" führte lediglich zu einigen neuen Überlegungen im militärpolitischen Bereich, nicht aber in der Deutschlandpolitik. Ein neuer Ansatz im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten hätte noch vom Honecker-Besuch in Bonn ausgehen können. Er blieb aus und damit auch die Möglichkeit einer längerfristig angelegten und geordneten Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.

Gedanken an eine deutsche Konföderation wie in den fünfziger und sechziger Jahren galten in den späten achtziger Jahren als parteischädigendes Verhalten und führten zu Parteistrafen oder Ausschlüssen. Diese wären aber 1988/89 der einzige gangbare Weg gewesen, um das totale Fiasko der Partei und des Landes zu verhindern.

Die Deutschlandpolitik im Zeitraum von 1971 bis 1989/90 war im wesentlichen durch vier Phasen gekennzeichnet:

1. Die Phase zur Herstellung von vertraglich geregelten Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten (1970/71 bis 1975),
2. Die Phase der "kleinen Schritte" und der Verhandlungen zur Ausgestaltung des Grundlagenvertrags und der übrigen Verträge in der Regierungszeit von Helmut Schmidt (1975 bis 1982),
3. Die Phase der Kontinuität und Ausweitung der politischen und kommerziellen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten in der Zeit der Kanzlerschaft von Helmut Kohl (1982 bis 1989).
4. Die Phase der Vorbereitung auf die Herstellung der deutschen Einheit nach der Wende in der DDR bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 (1989/90).

In diesen fast zwei Jahrzehnten hatte sich ein breit gefächertes Geflecht von Beziehungen entwickelt und fest etabliert. In der DDR war die Deutschlandpolitik schon unter Ulbricht Chefsache und blieb es auch unter Honecker. Dem kam entgegen, daß die Beziehungen zur DDR in der Bundesrepublik im Kanzleramt (nicht im Auswärtigen Amt) koordiniert wurden. Dem SED-Chef gelang es vor allem in den achtziger Jahren, sich unter Vernachlässigung anderer wichtiger Politikfelder auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik zu profilieren. Er wurde im Westen als Gesprächspartner geschätzt und hofiert. Seit Mitte der siebziger Jahre unterhielt Honecker über seine Beauftragten Kontakte zu beiden großen Parteien in der Bundesrepublik und baute seit 1983 neben den offiziellen Regierungskontakten Parteibeziehungen mit der SPD zu außen- und sicherheitspolitischen Themen auf.

Zweifellos hat sich in der Ära Honecker seit 1971 im Verhältnis beider deutscher Staaten viel bewegt. Ohne das gesamteuropäische Entspannungsklima der frühen sieb-

ziger Jahre und eine partielle Abkehr der Supermächte von der scharfen Konfrontationspolitik im kalten Krieg der fünfziger und sechziger Jahre hätte eine deutsch-deutsche Annäherung jedoch kaum eine Chance gehabt.

Die sowjetische Zielsetzung, zu einer europäischen Sicherheitskonferenz zu gelangen, erwies sich für das DDR-Interesse an diplomatischer Anerkennung und UNO-Mitgliedschaft sowie normalen Beziehungen zur Bundesrepublik als vorteilhaft. Erich Honecker war 1971 angetreten, diese Chance mit sowjetischer Unterstützung zu nutzen. Die Gipfeltreffen von Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt und Kassel im Frühjahr 1970 hatten noch unter den mißtrauischen Blicken der sowjetischen Führung stattgefunden, weil parallel dazu Egon Bahr und Andrej Gromyko in Moskau über ein deutsch-sowjetisches Gewaltverzichtsabkommen verhandelten. Aus sowjetischer Sicht hatte dies eindeutige Priorität. Nach den 1970 abgeschlossenen Verträgen von Moskau und Warschau befand sich nun auch der neue SED-Chef im außen- und deutschlandpolitischem Gleichschritt mit der KPdSU-Spitze. Transitabkommen und Verkehrsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik waren das deutsch-deutsche Ergebnis der Übereinkunft der vier Mächte im Berlin-Abkommen vom 3. September 1971. Der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 ging ein großen Schritt weiter: Beide deutsche Staaten erkannten praktisch ihre jeweilige Staatlichkeit an und erklärten "unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage", daß sie sich "von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung".⁴⁶

Die deutsche Zweistaatlichkeit prägte über Jahrzehnte die politischen Verhältnisse im Zentrum Europas. Mit dem Mauerbau 1961 in Berlin wurde die europäische Bipolarität und damit auch die deutsche Zweistaatlichkeit buchstäblich zementiert. Es bedurfte weiterer zehn Jahre, bis man ernsthaft an die vertragliche Ausgestaltung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ging.

In den Jahren seit der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik haben sich die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten enorm entwickelt. Dies läßt sich in folgenden Überlegungen zusammenfassen:

1. Mit Beginn der Neuen Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr wurden die deutsch-deutschen Beziehungen auf eine neue, eine vertragliche Ebene gehoben. Dies vollzog sich vor dem Hintergrund eines Klimas der Entspannung zwischen den Blöcken und den Supermächten. Die Deutschen holten nach, was andere europäische Staaten bereits in den sechziger Jahren begonnen hatten und öffneten sich in Richtung Osten. Die neue Ost- und Deutschlandpolitik war zeitgemäß und überdies im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten.

2. Die gesamte Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition war zu jeder Zeit in die Außen- und Sicherheitspolitik des westeuropäischen Bündnisses eingebunden. Willy Brandt und Egon Bahr sowie Helmut Schmidt gingen davon aus,

daß alle ihre ost- und deutschlandpolitischen Schritte mit den Vertretern der drei Westmächte abgestimmt wurden, wenngleich das Abstimmung, Konsultation und nicht Antrag auf Genehmigung bedeutete. Die Bundesregierung entwickelte in dieser Phase eigene Interessen einer Deutschlandpolitik, die von der Fortexistenz der deutschen Nation und dem Ziel der Herstellung der deutschen Einheit ausging.

3. Ein wesentlicher Bestandteil der deutsch-deutschen Beziehungen war die Vertragspolitik, die mit dem Abschluß des Grundlagenvertrages im Dezember 1972 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag war der wichtigste Staatsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten bis zum Einigungsvertrag von 1990. Er bildete die Basis für ein umfangreiches bilaterales Vertragswerk, das in den siebziger und achtziger Jahren immer stärker ausgebaut worden ist. Ohne dieses deutsch-deutsche Vertragswerk wäre die vom Westen gewollte Politik des "Wandels durch Annäherung" nicht möglich gewesen. Insoweit schuf die Vertragspolitik der siebziger und achtziger Jahren auch wesentlich Voraussetzungen für den 1989/90 vollzogenen Weg in die deutsche Einheit.

4. Zu den unverzichtbaren Bestandteilen der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik gehörte zu jeder Zeit die Einbeziehung von West-Berlin. Dafür schufen die vier Mächte, aber auch die beiden deutschen Staaten, im Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 die entscheidende Voraussetzung. Danach war die Dreistaatentheorie der DDR praktisch nicht mehr umsetzbar. Die Lebensbedingungen der Bürger der Stadt und ihre Beziehungen zum Umfeld haben sich nach dem Viermächte-Abkommen und den davon abgeleiteten Verträgen mit der DDR (Transitabkommen, Verkehrsvertrag) maßgeblich verbessert.

5. Die deutsch-deutschen Beziehungen vollzogen sich zu jeder Zeit in starker Abhängigkeit von der Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Praktisch kann man von einem Dreiecksverhältnis zwischen Bonn, Moskau und Ost-Berlin sprechen. Die Bundesregierung hat sowohl in den siebziger als auch den achtziger Jahren ihre offiziellen und inoffiziellen Kanäle zur sowjetischen Führung genutzt, um unter Beachtung der sowjetischen Interessen in den Beziehungen zur DDR Fortschritte zu erreichen, die im Sinne der Menschen in beiden deutschen Staaten waren.

6. Das Dreiecksverhältnis zwischen Bonn, Moskau und Ost-Berlin basierte auf der schon bei Konrad Adenauer anzutreffenden Erkenntnis, daß der "Schlüssel zur Wiedervereinigung" in Moskau läge. Die DDR war weder in ihrer Außenpolitik noch in der Deutschlandpolitik souverän. Dennoch hatte sie eigene Interessen. Diese lagen vor allem in der Durchsetzung der weltweiten diplomatischen Anerkennung und der UNO-Mitgliedschaft beider deutscher Staaten. An den sowjetischen Zielen mußte ebenso wie an den Interessen der DDR angeknüpft werden, um eigene Zielstellungen durchzusetzen.

7. In den siebziger und achtziger Jahren hat es trotz unterschiedlich zusammengesetzter Regierungen in der Bundesrepublik eine bemerkenswerte Kontinuität gegeben. Nach dem Oktober 1982 knüpfte die neue Bundesregierung unter Helmut Kohl an die Deutschlandpolitik ihrer Vorgängerin an und entwickelte diese vor allem auf

kommerziellem Gebiet weiter. Die bestehenden Verträge wurden respektiert und das Vertragswerk 1986/87 erheblich ausgebaut. Für die DDR war in dieser Phase der offizielle Besuch von SED-Generalsekretär Erich Honecker im September 1987 in der Bundesrepublik der Höhepunkt ihrer Deutschlandpolitik.

Im Herbst 1989 war insgesamt ein dichtes Netz deutsch-deutscher Kontakte entstanden, zu dem auch die nie unterbrochenen Verbindungen der beiden großen Kirchen gehörten. Hinzu kamen die millionenfachen familiären Verbindungen, die im Laufe der 40-jährigen Zweistaatlichkeit weiter Bestand hatten.

Noch Ende der achtziger Jahre gingen nahezu alle deutschen Politiker von der Weiterexistenz der deutschen Zweistaatlichkeit aus. Kaum jemand konnte sich den politischen Zusammenbruch der Sowjetunion und des gesamten Ostblocks vorstellen. Das genau war aber die entscheidende Voraussetzung dafür, daß Ende 1989 ein Prozeß einsetzte, der kurzfristig die deutsche Zweistaatlichkeit überwand...

1 Siehe Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe, Bonn 1989, S.11. Dieter Haack u.a. (Hrsg.): Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Köln 1989.

2 Siehe Einheit (Berlin) 1946, H. 1, S.22f.

3 Protokoll der Verhandlungen des II. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. September 1947 in Berlin 1947, S.75.

4 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Band 1, Berlin 1954, S.16.

5 Siehe Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II, Berlin 1950, S.383.

6 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Band 1, Berlin 1951, S.8.

7 Protokoll der Verhandlungen der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin 1952, S. 62. Siehe dazu auch Andreas Malycha: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953, Paderborn u.a. 2000, S.459f.

8 Andreas Malycha, Die SED, S.461.

9 Siehe Josef Foschepoth: Westintegration statt Wiedervereinigung: Adenauers Deutschlandpolitik 1945-1955. In: Josef Foschepoth (Hrsg.): Adenauer und die Deutsche Frage. Göttingen 1990, S.52.

- 10 Egon Bahr: *Zu meiner Zeit*. München 1996, S.155.
- 11 Siehe Detlef Nakath und Daniel Küchenmeister: *Egon Bahr 80 - Gedanken zu seinem politischen Lebensweg*. In: *Architekt und Brückenbauer. Gedanken Ostdeutscher zum 80. Geburtstag von Egon Bahr*. Hrsg. von Daniel Küchenmeister und Detlef Nakath für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2002, S.206f.
- 12 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe. Bonn 1989, S.11. Siehe außerdem Dieter Haack u.a. (Hrsg.): *Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes*. Köln 1989. Dieser Band enthält Beiträge namhafter Politiker der verschiedenen im Bundestag vertretenen Parteien. Zu den Autoren zählten u.a. Helmut Kohl, Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Mischnick, Johannes Rau, Dorothee Wilms und Richard von Weizsäcker.
- 13 Siegfried Mampel: *Die Sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik*. Kommentar. Frankfurt a. M. 1982, S.31 und 81.
- 14 Ingo von Münch (Hrsg.): *Dokumente des geteilten Deutschland*. Bd. II: seit 1968. Stuttgart 1974, S.301.
- 15 Ebenda, S.316. In der DDR wurde der "Brief zur deutschen Einheit" bis Anfang 1990 nicht veröffentlicht.
- 16 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: *Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitagess der SED*. Band 2, Berlin 1976, S.251. Siehe dazu auch Jürgen Hofmann: *Ein neues Deutschland soll es sein. Zur Frage nach der Nation in der Geschichte der DDR und der Politik der SED*, Berlin 1989; Gottfried Zieger: *Die Haltung von SED und DDR zur Einheit Deutschlands 1949-1987*, Köln 1988.
- 17 Siehe ebenda, S. 254f.
- 18 Siehe dazu Detlef Nakath: *Das Dreieck Bonn – Ost-Berlin – Moskau. Zur sowjetischen Einflußnahme auf die Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen (1969-1982)*, in: Ulrich Pfeil (Hrsg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989*, Berlin 2001; Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: *Das Dreiecksverhältnis Bonn - Moskau - Ost-Berlin. Aspekte der sowjetischen Einflußnahme auf die deutsch-deutschen Beziehungen in den siebziger und achtziger Jahren*. (hefte zur ddr-geschichte, 56), Berlin 1999; Fred Oldenburg: *Das Dreieck Moskau – Ost-Berlin – Bonn 1975-1989*. Aus den Akten des SED-Archivs, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 54/1994.
- 19 Siehe dazu Karl Seidel: *Berlin-Bonner Balance. 20 Jahre deutsch-deutsche Beziehungen. Erinnerungen und Erkenntnisse eines Beteiligten*, Berlin 2002.
- 20 Siehe Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, S.284ff.
- 21 Ingo von Münch (Hrsg.): *Dokumente des geteilten Deutschland*, S.172f.
- 22 Siehe Detlef Nakath: *Erfurt und Kassel. Zu den Gesprächen zwischen dem BRD-Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph im Frühjahr 1970. Vorbereitung – Verlauf – Ergebnisse* (hefte zur ddr-geschichte 24), Berlin 1995; ders.: *Gewaltverzicht und Gleichberechtigung. Zu den deutsch-sowjetischen Gesprächen und den deutsch-deutschen Gipfeltreffen in Erfurt und Kassel im Frühjahr 1970*, in: *Deutschland Archiv* 1998, H.2; ders.: *Erfurt, Kassel und die Mächte. Zum Beginn des deutsch-deutschen Dialogs im Frühjahr 1970*, in: *Deutschland Archiv* 2000, H.2; Heinrich Potthoff: *Bonn und Ost-Berlin 1969-1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente*, Bonn 1997, S.135f.
- 23 Siehe Karl Seidel: *Berlin-Bonner Balance*, S.106ff.; außerdem ders.: *Erste Schritte zu normalen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD*, in: Detlef Nakath (Hrsg.): *Deutschlandpolitiker der DDR erinnern sich*, Berlin 1995, S.111.
- 24 Siehe SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2A/1584.
- 25 5. Tagung des ZK der SED, 27./28. April 1972. Aus dem Bericht des Politbüros an die 5. Tagung des ZK der SED, Berichterstatter: Genosse Gerhard Grüneberg, Berlin 1972, S.37.
- 26 SAPMO-BArch, DY 30 I IV 2/2A/1589.
- 27 Siehe *Neues Deutschland*, 26.4.1972. Dieses Interview Honeckers ist laut Politbürobeschuß vom 25. April 1972 neben Honecker persönlich von den Politbüromitgliedern Axen, Hager, Lamberz, Norden und Verner in der Schlußredaktion bearbeitet worden.

- 28 5. Tagung des ZK der SED. Bericht des Politbüros, S.37f.
- 29 5. Tagung des ZK der SED, 27./28. April 1972. Aus dem Referat des Genossen Hermann Axen zu Fragen der europäischen Sicherheit, Berlin 1972, S.23f.
- 30 SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2A/1589.
- 31 Ebenda. Der FDP-Bundestagsabgeordnete von Kühlmann-Stumm war einer der Mitglieder der FDP-Fraktion, die am 27. April 1972 für das von der CDU/CSU eingebrachte konstruktive Mißtrauensvotum stimmten.
- 32 Siehe ebenda.
- 33 Siehe ebenda.
- 34 Siehe Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen des Verkehrs vom 26. Mai 1972, in: Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland und zu Berlin (West), S. 28f. Er wurde durch Notenwechsel am 17. Oktober 1972 in Kraft gesetzt. Siehe Vereinbarte Mitteilung über den am 17. Oktober erfolgten Notenwechsel zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Inkraftsetzung des Vertrages über Fragen des Verkehrs, in: Ebenda, S.38.
- 35 Willy Brandt: Erinnerungen, Berlin/Frankfurt am Main 1989, S.232.
- 36 Siehe Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner Seelenbinder-Halle zu Berlin. Band 1, Berlin 1971.
- 37 Siehe Detlef Nakath: Berlin und Oreaanda. Zur Bedeutung des Viermächteabkommens.
- 38 Siehe Heinrich Potthoff: Eine zweite Etappe der Deutschlandpolitik. In: Deutschland Archiv, 1997, H. 1, S.116f; ders.: Bonn und Ost-Berlin, S.38f.
- 39 Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 22. Mai 1976. Band 2, Berlin 1976, S.254f.
- 40 Siehe Erich Honecker: Reden und Aufsätze. Band 7, Berlin 1982, S.432f. Bei der "Zentralen Erfassungsstelle" ging es um das namentliche Erfassen von DDR-Bürgern, die nach Gesetzen der Bundesrepublik auf deren Boden verhaftet werden konnten.
- 41 Zu den deutsch-deutschen Gesprächen am Werbellinsee siehe Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980-1987, Berlin 1995; Heinrich Potthoff: Bonn und Ost-Berlin.
- 42 Siehe den Text des Dokuments in Neues Deutschland, 28.8.1987.
- 43 Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 17. bis 21. April 1986, Berlin 1986, S.39.
- 44 Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik, Bonn 1988, S.37.
- 45 Siehe die dazu veröffentlichten Dokumente bei Heinrich Potthoff: Die "Koalition der Vernunft". Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S.662 f.; außerdem: Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990, Berlin 1996, S.55f.
- 46 Ingo von Münch, Dokumente ..., S.423.